

Information zum Datenschutz gem. Art. 13 DS-GVO

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs

Bescheidung von Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie; Kostenersatzansprüche, Kostenerstattung, Erhebung von Kostenbeiträgen

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Neuwied
Abteilung Jugend und Familie – Kreisjugendamt -
Wilhelm-Leuschner-Straße 9
56564 Neuwied
Tel.: +49 (0) 2631-803 0
Telefax: +49 (0) 2631-803 93 222
E-Mail: jugendamt@kreis-neuwied.de
Website: <https://www.kreis-neuwied.de>

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Neuwied
Datenschutzbeauftragter
Augustastrasse 7-8
56564 Neuwied
Telefon: +49 (0) 2631-803 0
E-Mail: datenschutz@kreis-neuwied.de

4. Zwecke der Datenverarbeitung

Bescheidung von Anträgen auf Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie nach §§ 16 ff SGB VIII

Prüfung der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit

Heranziehung von Kostenbeitragspflichtigen

Fallübernahme und –abgabe bei Zuständigkeitswechsel

Kostenerstattung

5. Rechtsgrundlage(n) der Datenverarbeitung

Art.6 I c DSGVO; §§ 16 ff SGB VIII i.V.m. §§ 87 ff SGB VIII; §§ 89 ff SGB VIII; §§ 91 SGB VIII, § 35 SGB I i.V.m. §§61 ff SGB VIII und §§ 60 ff SGB X

6. Betroffene Person(en)

minderjähriges Kind/junge Volljährige, leistungsberechtigte Elternteile, Kostenbeitragspflichtige

7. Kategorien der personenbezogenen Daten

Personenstammdaten, Arbeitgeber, Einkommenverhältnisse, Bezug anderer Sozialleistungen (wie z.B. ALG I und II, Krankengeld, Rente, Waisenrente, Kindergeld), Anlass für Leistungsgewährung, Regelung der elterlichen Sorge, ggf. fam.gerichtliche Entscheidungen, Krankenversicherungsschutz

8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Allgemeiner Sozialer Dienst, öffentliche Träger der Jugendhilfe bei Fallübernahme/-abgabe; freie Träger im Rahmen Abrechnung mit Leistungserbringern, andere Sozialleistungsträger im Rahmen Prüfung sachliche Zuständigkeit/ Kostenersatzleistungen wie z.B. Bafö/Gamt, öffentlicher Träger der Sozialhilfe, Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung

9. Übermittlung an ein Drittland

erfolgt nicht

10. Dauer der Speicherung

10 Jahre ab Beendigung der Leistung

11. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;

- wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
- wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: Juli 2019